81

V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet
„Journal expédie par l'éditeur"

KONGRESS-AUSGABE 3
1. Jahrgang - Nr. 16 - Preis 25 Groschen

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·— / Polen: vierteljährig Zloty 3·50 / S.H.S.: vierteljährig Dinar 40·— Rumänien: vierteljährig Lei 100·— / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Franc 2·90 / Österr. Postspar-Kto. B-11.035

Wien, Freitag, den 25. August 1933
וינה, ביום ו׳, ג׳ אלול תרצ״ג

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40
Alleinige Anzeigen-Annahme Annoncen-Expedition Heinrich Schalek, Wien, 1., Wollzeile 11, Telephone: R-26-0-81, R-26-0-82

Jabotinsky auf dem Kongreß attackiert

Prag, 24. August, 24 Uhr, Spezialtelegramm des «Judenstaat».

In der Nachtsitzung von Donnerstag auf Freitag spielten sich beispiellose Szenen ab. Es wurde über die Resolution der Kommission für die deutschen Juden verhandelt. Die Mehrheit des Kongresses wollte in unzulässiger Weise, ein Minderheitsvotum der Revisionisten nicht zur Abstimmung kommen lassen. Die Revisionisten verlangten für Jabotinsky eine halbe Stunde Redezeit zu dieser Frage, was abgelehnt wurde. Die Revisionisten protestierten leidenschaftlich. Es kam zu stürmischen Szenen. Mit Gewalt wurden die Revisionisten, die den Saal verlassen hatten, am Wiederbetreten des Saales gehindert. Sozialistische Ordner attakierten bei dieser Gelegenheit Vladimir Jabotinsky, worauf sich ein wüstes Handgemenge entwickelte, Polizei wurde geholt. Die von der Mehrheit der Kommission angenommene Resolution verlangt: 1. von der gesamten zivilisierten Welt und vom Völkerbund Unterstützung im Kampfe des jüdischen Volkes um die Wiedererlangung der Rechte der Juden in Deutschland, 2. von der Mandatarmacht, daß sie die Tore Palästinas für die größtmögliche Einwanderung deutscher Juden öffne und alles tue, um die Errichtung des jüdischen Nationalheimes in schnellstem Tempo und größtem Umfang zu ermöglichen, 3. von der Oeffentlichkeit aller Staaten, die ihre Solidarität mit dem Inhalt des Palästina-Mandates bekundet haben, aktive Hilfe, vor allem in Form internationaler politischer und finanzieller Zusammenarbeit im Interesse des Aufbaues des Nationalheimes.

Das Kongreßpräsidium tritt Freitag früh zusammen, um Vorfälle, wie sie sich Donnerstag nachts abspielten, in Zukunft zu verhindern und die Ordnung der Verhandlungen zu sichern.

Sturm wegen des Präsidiums

Prag, 23. August. (Spezialtelegramm des „Judenstaat"). Im Aktionskomitee konnte eine Einigung über die Frage der Zusammensetzung des Kongreßpräsidiums nicht erzielt werden. Sie mußte vor das Plenum selbst gebracht werden, was heute nachmittags geschah, nachdem die gestrige Nachtsitzung abgesagt und die heutige Vormittagssitzung mit dem Referat Adolf Böhms ausgefüllt wurde. Der Saal war dicht gefüllt, die Stimmung gespannt und erregt.

Als erste schickten die Allgemeinen Zionisten ihren Vertreter aufs Podium. Ab. Goldberg erklärte in ihrem Namen, auf dem Standpunkt zu stehen, daß das bei allen Kongressen geübte Prinzip auch bei diesem Kongreß gewahrt werden müsse, daß also jede der Parteien im Kongreßpräsidium vertreten sein müsse. Goldberg nominierte die Präsidiumskandidaten der Allgemeinen, und zwar Motzkin, Ussischkin, Rufeisen, und forderte die anderen Parteien auf, ebenfalls ihre Kandidaten zu nennen. Eine sehr temperamentvolle, mit starkem Beifall aufgenommene Rede hielt Rabbi Brodt namens des Misrachi. Brodt rief zur Einigkeit auf und beantragte prinzipiell, daß im Präsidium alle Parteien vertreten seien. Namens der Radikalen spricht der Delegierte Grawicky (Palästina), der der Nominierung Motzkins zustimmt und für seine Gruppe den Sejmdeputierten Grünbaum nominiert.

Hierauf gab Meir Grossmann eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß die Wahl des Präsidiums diesmal den gewohnten technischen Rahmen gesprengt habe und ein Politikum geworden sei. Heute werde der Versuch gemacht, zwei Parteien auszuschliessen, morgen werden es vielleicht schon drei sein, die nicht für würdig befunden werden, im Präsidium vertreten zu sein.

Für die Revisionisten sprach Dr. Schechtmann. Unter starkem Beifall der ganzen rechten Hälfte des Kongresses verlangte er, daß der von Brodt gestellte Antrag der Misrachifraktion zur Abstimmung gebracht werde. Dagegen spricht sich der Sozialist Remes aus. Ab. Goldberg und Rabbi Brodt ergreifen noch einmal das Wort, um für ihre Anträge zu plädieren, bis schließlich der allgemeine Zionist Dr. Schmorak verlangt, die Abstimmung für zehn Minuten zu verschieben, d. h. die Sitzung für diese Zeit zu unterbrechen.

Im Saal herrscht starke Unruhe. Ueber Antrag der Misrachi müssen alle, die nicht zur Presse und zu den Delegierten gehören, sich aber auf Delegierten- und Presseplätzen befinden, diese räumen. Eine neuerliche strenge Kartenkontrolle wird durchgeführt.

Ab. Goldberg wiederholt dann seinen Antrag, dem gemäß alle Parteien im Präsidium vertreten sein sollen. Der Sozialist Remes antwortet, indem er einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge Goldberg und Brodt stellt und eine personelle Wahl ohne frühere Beschlüsse verlangt.

Dr. Schechtmann verlangt hierauf namentliche Abstimmung. Dies geschieht. Für den Antrag Remes stimmen 151, gegen ihn 149. Dieses Abstimmungsergebnis wird mit Beifall- und Pfuirufen aufgenommen. Die Revisionisten und die Misrachi verlassen den Saal, so daß sich Präsident Sokolow gezwungen sieht, eine dreiviertelstündige Pause eintreten zu lassen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt Rabbi Brodt eine Erklärung ab, daß der Misrachi sich an der Beschickung des Präsidiums nicht beteiligen und gegen alle einschlägigen Anträge stimmen werde.

Nun gelangt ein Antrag der Allgemeinen, zum Präsidenten des Kongresses Leo Motzkin zu wählen, zur Abstimmung. Die Wahl erfolgt gegen die Stimmen der Revisionisten und des Misrachi. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis werden auch Ussischkin, Rufeisen, Jizchak Grünbaum und Sprinzak zu Vizepräsidenten gewählt. Die Grossmann-Gruppe hat sich bei beiden Wahlgängen der Abstimmung enthalten.

Leo Motzkin übernahm sodann unter starkem Beifall die Leitung des Kongresses. Es folgte nun eine Erklärung Meir Grossmanns, die die Wahlprozedur als Bruch der bisherigen Tradition charakterisierte und dem nur von zwei Parteien, den Allgemeinen und den Linken, beschickten Präsidium nur bedingtes Vertrauen aussprach.

Eine würdige und dem Ernst der so geschaffenen Situation Rechnung tragende Erklärung gab namens der Revisionisten Dr. Schechtmann ab. Er drückte dem Rumpfpräsidium das Misstrauen aus und rief den Allgemeinen zu: „Hier habt ihr den Vorgeschmack der linken Diktatur. Ihr werdet es bereuen!"

Drei revisionistische Kongreßdelegierte verzichten auf Mandat

Die auf der Jabotinsky-Liste in Polen gewählten Delegierten Elchanan Levin, Dr. Stitowsky und Dr. Monka haben dem Präsidenten des Zionistenkongresses Dr. Leo Motzkin mitgeteilt, daß sie zum Protest dagegen, daß von der Palästinaregierung mehrere revisionistische Kongreßdelegierte in Haft gehalten und so an der Ausübung ihres Mandats auf dem Kongreß verhindert werden, auf ihre Mandate verzichten. Gleichzeitig verlangen sie, daß der Zionistenkongreß sich an die Palästinaregierung wende und die Freilassung der Verhafteten zwecks Ermöglichung ihrer Teilnahme am Kongreß verlange.

Uebertragung jüdischen Vermögens

Berlin, 23. August (JTA). Wie die «Vossische Zeitung» mitteilt, wurde in Berlin eine Treuhandgesellschaft gebildet, die mit der Reichsregierung ein Abkommen über die Ermöglichung des Transfers von Geldern reichsangehöriger Juden nach Palästina abgeschlossen hat. Das Abkommen geht dahin, daß Juden für ihre in Deutschland befindlichen Gelder auf palästinensische Rechnung Maschinen einkaufen können, worauf ihnen dann der entsprechende Betrag in Palästina gutgeschrieben wird. Dieses Abkommen ist bis zu einem Höchstbetrag von drei Millionen Mark abgeschlossen worden. Gleichzeitig werden weitere drei Millionen Mark bewilligt für den Transfer von Vermögen deutscher Zionisten für ihre Emigration nach Palästina.

Diktatur

p. h. Wien, 25. August.

Jetzt liegt der Weg, den der 18. Zionistenkongreß einschlägt, ziemlich klar vor Augen. Der sozialistische Flügel beherrscht ihn, stellt ihn unter sein Diktat.

Der «Rettungskongreß» — das hätte dieser 18. Zionistenkongreß werden sollen — verwandelt sich zusehends zum nun wichtigsten funktionellen Bestandteil der linken Parteimaschinerie. Es hat im Aktionskomitee begonnen und setzt sich nun im Plenum des Kongresses fort.

Die erste Etappe auf diesem Weg war die Machtprobe am Beispiel der Zusammensetzung des Kongreßpräsidiums. Zwei Parteien, die revisionistische und die misrachistische Fraktion sind von der Beschickung des Kongreßpräsidiums ausgeschlossen worden, jene beiden Parteien, die den Sozialismus in der zionistischen Organisation bekämpfen. Den Revisionismus fürchtet und haßt der Sozialismus wie den Tod, weil er sich von ihm in seiner skrupellosen, verräterischen, korrupten Praxis im politischen und wirtschaftlichen Getriebe des jungen jüdischen Palästina erbarmungslos entlarvt sieht, den Misrachismus verpönt er, weil dieser in politischen Fragen zum Teil einen integral-zionistischen Standpunkt einnimmt und in kulturellen dem religiösen jüdischen Traditionalismus huldigt — beides auch Todsünden für Sozialisten. Um seine Macht äußerlich zu symbolisieren, um sich den Weg für weit konkretere Handhabung der vom Kongreß zu bewältigenden politischen und wirtschaftlichen Materie zu ebnen, mußten die beiden antisozialistischen Flügelparteien zunächst symbolisch entrechtet werden, und zwar durch einen ausgesprochen diktatorischen Handstreich. Es ist Gesetz und Brauch aller Zionistenkongresse gewesen, seine demokratische Struktur dadurch zu bekunden, daß sie peinlich auf das Vertretensein auch der kleinsten Gruppe in den leitenden, den verwaltenden und kontrollierenden Körperschaften der Organisation postulierten und auch durchführten. Gesetz und Brauch von 17 Zionistenkongressen sind vom 18. Zionistenkongreß gebrochen worden.

Der 18. Zionistenkongreß hat durch die Eliminierung der beiden mächtigen zionistischen Gruppen, des Revisionismus und des Misrachi, aus der Vertretung im Präsidium einen diktatorischen Akt gesetzt, auf dem, in diesem Fall, pseudodemokratischen Abstimmungsweg, einen Handstreich durchgeführt, der dem sozialistischen Element die Aufrichtung seiner Diktatur auch äusserlich ermöglicht. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, fesrzustellen, daß es die Allgemeinen Zionisten waren, die diesen Gewaltakt tolerierten und ihm später gesetzliche Sanktion gaben, in dem sie es nicht ablehnten, ihrerseits zusammen mit den Linken, das Rumpfpräsidium zu besetzen. Die Allgemeinen Zionisten, die Hüter von «Gesetz und Ordnung», haben sich eines Streiches mitschuldig gemacht, dessen Auswirkung zumindest für das heutige organisationelle Gefüge des praktischen Zionismus von fataler Bedeutung werden kann.

Das jüdische Volk möge es jetzt zur Kenntnis nehmen, daß die «demokratischen» Allgemeinen Zionisten nichts gegen eine sozialistische Diktatur im Zioninismus einzuwenden haben

Die so entfesselte linke Lawine auf dem 18. Zionistenkongreß kann weiter rollen. Der erste Streich ist gelungen, das erste Diktat ist vollzogen, an Versuchen zu weiteren kann es unter diesen Umständen nicht fehlen, und fehlt auch nicht. Charakteristisch hiefür ist die kleine JTA.-Nachricht von der schmollenden Primadona Weizmann.

Er ist bekanntlich zum Kongress nicht erschienen, hat auch anfangs nicht verlauten lassen, warum er so ungnädig sei, hat seine linken Busenfreunde und die hörigen Brüder von den Allgemeinen hangen und bangen und harren lassen. Nun meldet er sich nach den symbolischen Machtakt mit dem Präsidium durch die nationalen und internotionalen Genossen zu Wort und — verlangt gänzlichen Ausschluß der Revisionisten aus dem Kongreß und aus der Zionistischen Organisation, damit er zum Kongreß kommen könne. Nun weiß man, woher der Wind weht, nun versteht man vielleicht auch, warum die Allgemeinen Zionisten mit nur schlecht verhüllter Taktik das Spiel der Linken mitspielen, sich selbst entleiben und den Zionistenkongreß mit.

Somit ist der Kongreß in ein gefährliches Stadium getreten. Der Weg zur linken Diktatur kann mit Opfern nnerhört gepflastert sein.

Schon hat es wüste Szenen auf der gestrigen Nachtsitzung gegeben. Die Ordner der linken Diktaturkamarilla haben es gewagt, Vladimir Jabotinsky zu attackieren. Die Linken gehen also dazu über, die Faustmethoden, in Palästina an kleinen Kindern erprobt, in den Kongeßsaal zu transponieren. Die Meldung über diese Sitzung besagt übrigens auch, daß die Revisionisten mit Gewalt am Betreten des Sitzungssaales verhindert wurden. Kurz, die Diktatur gegen den Revisionismus und über dem Zionistenkongreß ist aufgerichtet.

Der so geführte Zionistenkongreß kann nur ein Ergebnis zeitigen — die endgiltige Zertrümmerung der Zionistischen Organisation.

Der „Rettungskongreß" will ein Auflösungskongreß werden, ein Diktaturkongreß der Sozialisten.

Die Verhandlungen des Kongresses

Situationsbericht von Dienstag

Prag, 22. August.

Schon der erste Sitzungstag zeigt den Kongreß mitten in schwerer Krise. Er läuft sozusagen illegal. Es ist nämlich trotz fast ununterbrochnenen Tagens des Aktions-Komitees nicht gelungen, ein Kongreßpräsidium zu konstituieren — ein in der Geschichte der Kongresse noch nicht dagewesener Fall. Die heutigen Sitzungen mußten von Sokolow eröffnet und geleitet werden.

Diese Lahmlegung der Kongreßarbeit ist das vorbedachte Werk der sozialistischen Linken. Sie wendet alle Mittel an, um den Kongreß unter Druck zu stellen, um durch Ausschaltung der Revisionisten die absolute Majorität und somit das Diktat über den Kongreß zu erlangen. Die Auswirkung ihres provokatorischen Antrags im A.-C., die Revisionisten von der Beschickung des Kongreßpräsidiums auszuschließen, ist vorläufig noch unabsehbar. Es hat jedenfalls schon jetzt eine Wirkung geübt, die niederschmetternd ist.

Es herrscht gedrückteste Stimmung. Die für heute angesetzt gewesenen Referate sind nur zum Teil gehalten worden; die Referenten sprechen vor leeren Bänken; Delegierte und Publikum sind enttäuscht und nervös. Jede Pause wird zur Fortführung der Aktions-Komiteesitzungen benützt, die sich krampfhaft bemühen, einen Ausweg aus der Krise zu finden; bis jetzt vergeblich.

Einen Strich durch die Rechnung hat Weizmann seinen Anhängern gemacht. In gewohnter Primadonenmanier hält er sich dem Kongreß fern und steigert dadurch die üble Laune der ratlosen Allgemeinen.

Einen niederdrückenden Eindruck bietet dieses Kongreßbild der Jugend. Sie, die in Massen zur Makkabiah nach Prag gekommen ist, hoffte auf ein Erlebnis. Statt dessen muß sie Zeuge entwürdigenden politischen Schachers sein.

Die revisionistische Fraktion wartet ruhig und nüchtern die Entwicklung der Dinge ab. Sie ist fest entschlossen, sich nicht entrechten und nicht provozieren zu lassen.

Den ersten Schritt in der Richtung der Fahnenstreichung vor den Linken hat das Aktions-Komitee mit dem Beschluß getan, der revisionistischen Jugend das Tragen der Uniform im Kongreßsaal zu verbieten. Dieser Beschluß richtet sich trotz seiner allgemeinen Fassung in der Tat nur gegen die Revisionisten, denn die blauen Blusen der Linken werden nicht als «Uniform» angesehen. Daß dabei der Schwindel aufgeführt wurde, die Blusen der Betarim mit denen in der Farbe ähnlichen der bekannten deutschen Formationen zu identifizieren, drückt dieses Aktions-Komitee auf jenes Niveau herab, das die linken Versammlungen während der Kongreßwahlen charakterisierte.

Das politische Referat Prof. Brodetskys

Montag, den 22. vormittags wurde die erste Arbeitssitzung durch Präsident Sokolow eröffnet. Eine Reihe von Begrüßungsschreiben wurde verlesen, darunter Begrüßungstelegramme des tschechoslowakischen Gesandten Jan Masaryk in London, des französischen Parlamentariers Justin Godard und des Jerusalemer Oberrabbiners Cook. Hierauf ergriff Professor Dr. S. Brodetsky das Wort zu seinem politischen Referat.

Der Zionismus steht, so führte Brodetsky aus, am Ende einer neuen Periode, die mit den Augustunruhen von 1929 einsetzte. Der letzte Kongreß hatte über die Haltung zur Mandatarmacht zu beschließen und die zionistische Organisation wurde afgefordert, den MacDonald-Brief als Abschluß einer Politik aufzufassen, die für Palästina ungünstig war. Der neue Oberkommissär für Palästina fand Verständnis für die Probleme der jüdischen Aufbauarbeit, wofür ihm Dank und Anerkennung ausgesprochen sei. Trotzdem steht die zionistische Organisation vor einer Reihe ernster Schwierigkeiten und der Kongreß tagt im Schatten von Beschlüssen und Projekten, die Grund für tiefe Besorgnis sind. Nach dem letzten Kongreß wurde der Versuch unternommen, Bodentransaktionen unter Kontrolle zu stellen. Die Gefahr konnte zeitweilig vermieden werden. In der Zwischenzeit führte Direktor French seine Untersuchung durch und vor einem Monat erfolgte die Veröffentlichung der Untersuchung und die Entscheidung der Exekutive. Die Veröffentlichung erfolgte ohne Hinweis darauf, daß die Behauptungen Frenchs von autoritativen Männern bestritten wurden. Der Kolonialminister beschäftigte sich nur mit der Frage der Wiederansiedlung landloser Araber mit Hilfe einer neuen Anleihe und erweckte den Eindruck, als ob dies das große Bodenproblem Palästinas wäre. Weiters wurde erklärt, daß die Regierung die Verdrängung von Arabern durch jüdische Ansiedler verhindern müsse. Die von der Regierung erwähnten Zahlen beweisen, wie unsinnig die Verleumdung war, mit der man uns vier Jahre verfolgt hat. Es sei kein Wort gegen die Ansiedlung landloser Araber gesagt, trotzdem aber muß man darauf hinweisen, daß Hunderte von jüdischen Siedlern unter Bedingungen arbeiten, die den Verhältnissen der Fellachen gleichkommen. Auch sie brauchen die Hilfe der Regierung. Wir haben die Forderung aufgestellt, daß der Grundsatz in der landwirtschaftlichen Tätigkeit, Gleichheit zwischen Juden und Arabern sein müsse. Die Regierung soll nun dieses Gleichheitsprinzip nicht aufgenommen haben. Wenn die Regierung mit diesem Prinzip fortfahren sollte, so müssen wir darauf hinweisen, daß dem jüdischen Steuerzahler ein Unrecht geschieht. Unsere Besorgnis gilt auch der geplanten Beschränkung der Bodenübertragung. Sie ist durchaus ungerechtfertigt. Wir haben für das geplante Gesetz eine Verlängerung verlangt, um unsere Bemerkungen unterbreiten zu können.

Neben dem Bodenproblem war wohl das wichtigste das der Einwanderung. Es ist eine Befriedigung für uns konstatieren zu müssen, daß der Oberkommissär in der Einwanderungsfrage ein liberaleres System verfolgt. Die wirtschaftliche Lage Palästinas bedingt eine erhöhte Einwanderung. Palästina braucht neue Arbeitskräfte. Der Standpunkt der Regierung zur Einwanderung bedarf einer gründlichen Revision.

Sowohl in bezug auf die Arbeitereinwanderung wie auf die Einwanderung von Juden mit Kapital, insbesondere kleinere Kapitalien, muß die Politik der Regierung von Grund auf revidiert werden. Es ist die Pflicht der Mandatarmacht, jüdische Einwanderung nach Palästina zu ermutigen, und wir haben ein Recht zu erwarten, daß diese Ermutigung offenkundiger werden soll, als sie es bisher war. Selbst das Argument, welches sich auf die Behauptung einer sogenannten jüdischen «illegalen» Einwanderung nach Palästina stützt, wird weit aufgewogen dadurch, daß tausende von Arabern aus den Nachbarländern ohne jegliche Kontrolle ins Land kommen; sie brauchen nicht illegal einzuwandern, weil es für sie keine legale Beschränkung gibt — sie brauchen keine Papiere, denn man verlangt von ihnen keine Zertifikate; und wirklich, sie brauchen garnicht nach Palästina zu kommen, denn ihnen stehen weite Gebiete zur Verfügung, in denen sie leben

Die Regierung hat in der Frage der Sicherheit viel getan, aber es harren ihrer noch große Aufgaben. Mit Befriedigung stellen wir den Fortschritt im Hinblick auf den Regierungsbeitrag zur Erziehung und Gesundheitsarbeit fest.

Wiederum befindet sich das jüdische Volk auf den Landstraßen der Welt. Wir brauchen Zuflucht für Zehntausende, die nur Palästina aufnehmen kann. Das jüdisch-nationale Heim ist nur dann Wirklichkeit, wenn es das Land darstellt, wo Juden zuversichtlich auf Einlaß rechnen können. In Palästina ist Raum für Hunderttausende von Juden in den nächsten Jahren, und für Millionen von Juden in den nächsten Generationen. Je mehr Juden nach Palästina kommen, desto größer wird die Kapazität des Landes sein, in das wir unsere Energie und unsere bescheidenen Ersparnisse bringen. Die Prosperität Palästinas ist kein Zauberkunststück, sie ist die Wirkung des Glaubens an das jüdische Land und an die jüdische Arbeit. Das weiß die Regierung und daher verlangen wir die Anerkennung der Judennot.

Der Kongreß muß der Welt die Wahrheit über die Lage des jüdischen Volkes und über Palästina als dessen einzige Rettung vurkünden. Vor allem muß dies England lernen. Wir müssen an den Völkerbund appellieren, der das konzentrierte Gewissen der Menschheit ist.

Protestversammlungen gegen den French-Bericht

Warschau, 25. August (J. T. A.) Die Zentrale des revisionistischen Verbandes in Polen (Jabotinsky-Richtung) hat in ganz Polen Massenprotestversammlungen gegen den French-Bericht und gegen die geplante englische Palästina-Anleihe einberufen. Die auf diesen Protestversammlungen gefaßten Resolutionen sollen dem Zionistenkongreß in Prag übermittelt werden.

Bericht des Legitimationsausschusses

Am Dienstag, den 22. August nachmittags erstattete Senator Dr. Michael Ringel, der Vorsitzender-Stellvertreter des Kongreßgerichts den Bericht des Kongreßgerichtes über die Wahlen. Er führte aus:

Die Wählermasse hat sich in gewaltigem Umfange vermehrt. Während vor dem XVI. Kongreß 604.616 Schekalim gezahlt wurden, was 310 Mandate ergab, waren es beim XVII. Kongreß 627.980 Schekel und 254 Mandate und beim XVIII. Kongreß über 828.000 Schekalim und 316 Mandate. Dazu kommt, daß der Wahlkampf außerordentlich heiß war, heißer als bei anderen Kongressen. Das Wahlfieber hat den höchsten Grad erreicht.

Die Wahlen werden von einem Kongreßjahr zum anderen immer mehr nach dem Prinzip strenger Legalität und Korrektheit durchgeführt. In überseeischen Ländern, etwa in Kanada, wo vor zwei Jahren die Wahlen annulliert wurden, sowie in Nordamerika und in Griechenland, sind große Fortschritte wahrzunehmen.

Es gab 38 Wahlgebiete, darunter 3 Wahlgruppen bestehend aus 11 Ländern, so daß insgesamt in 46 Ländern Wahlen durchgeführt wurden. Auf der zionistischen Landkarte der Kongreßwahlen fehlen diesmal mehr Länder als sonst. In Sowjetrußland konnten keine Wahlen durchgeführt werden, auch Persien hat keinen Vertreter am Kongreß und zum erstenmal fehlen die Delegierten eines großen Landes in Mitteleuropa, einer unserer besten und aufopferungsvollsten Organisationen: die deutsche Organisation ist hier nicht vertreten, weil keine Wahlen vorgenommen werden konnten.

Auf Grund von Einheitslisten wurden die Delegierten von 4 Ländern gewählt, und zwar: Aegypten, Finnland, Marokko und Dänemark. Die Zahl der gewählten Delegierten beträgt 305, dazu kommen 11 Delegierte von der Weltwahlliste, zusammen also 316 Delegierte. Es sind noch ganz kleine Korrekturen möglich, mit Rücksicht darauf, daß in einigen Ländern die Wahlen annulliert worden sind und in anderen noch gewisse Ergänzungsverfahren vorgenommen werden müssen. Die Zahl der Delegierten kann sich aber nur um 1—2 Mandate ändern.

Und nun die Zusammensetzung des Kongresses. Es wurden gewählt: 69 Allgemeine Zionisten plus 2 von der Weltliste, 29 plus 3 Misrachisten, 131 plus 2 Poale Zion-Hitachduth, Radikale 3, Großmann-Revisionisten 3 plus 4, Jabotinsky-Revisionisten 43. Außerdem ein Jemenite, ein jemenitischer Arbeiter, 3 Hapoel Hamisrachi, 1 Delegierter der Einheitsliste Aegypten, ein Delegierter des Blocks des zionistischen Landesverbandes und Poale Zion-Hitachduth Brasilien, 1 Delegierter der kurländischen und sengalischen Revisionisten (Lettland), 1 Delegierter der Liste allgemeiner Zionisten Misrachi-Schweiz. 11 Delegierte von der Liste der zionistischen Organisation Polen, 1 allgemeiner Zionist der Gruppe Eth Liwnoth Polen, 2 Delegierte der Hitachduth Polen.

Nach Ländern setzt sich der Kongreß zusammen: Aegypten 1, Amerika 30, Argentinien 2, Belgien 2, Bessarabien 4, Brasilien 1, Bukowina 3, Bulgarien 3, Canada 4, Tschchoslowakei 9, Danzig 1, England 9, Erez Israel 50, Estland 1, Finnland 1, Galizien (Ost) 30, Galizien (West) 14, Griechenland 1, Holland 2, Italien 1, Jugoslavien 4, Lettland 8, Litauen 11, Luxemburg 1, Oesterreich 4, Polen 87, Rumänien 3, Schweiz 1, Sibirien-China 1, Südafrika 7, Transylvanien 3, Tunis 1, Ungarn 2 und die Wahlgruppen Marokko, Algerien, Syrien, Straßbourg, Indien, Neuseeland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Chile, Mexiko je 1 Mandat.

Das Referat H. Farbsteins

Sodann referierte H. Farbstein über die Probleme der städtischen und der Mittelstandskolonisation. Das überaus interessante Referat besagt im wesentlichen:

Bezüglich der industriellen Möglichkeiten in Palästina hat die Exekutive der Agency in einem Memorandum, das sie Herrn Simpson überreichte, betont, daß die entscheidende Frage der Entwicklung der Industrie Erez Israels nicht die Rohmaterialien und Absatzmärkte bilden, sondern einzig und allein die Zahl der Juden, die bereit sind, mit ihrem Vermögen und ihrer Erfahrung nach Palästina zu kommen. Vergessen wir nicht, daß, wenn wir jetzt daran gehen, die neue Industrie zu organisieren, wir keine Tradition, keine langjährige Erfahrung haben und daß wir auch keine statistischen Zahlen besitzen, auf die wir uns stützen könnten. Auch müssen wir uns erinnern, daß weder die Zionistische Organisation, noch die Jewish Agency früher bewiesen haben, daß sie Verständnis für Handel und Industrie haben, die eine der Grundlagen beim Bau der jüdischen Heimstätte sind. Der Grund dafür war die Ueberzeugung der Mehrzahl der Zionisten und der Leitung der Bewegung, daß die nationale Heimstätte einzig und allein durch die Landwirtschaft und nicht durch andere Faktoren erbaut werden würde.

Unter solchen Bedingungen muß man sich wundern, daß trotz aller Anstrengung der Bewegung, sich überhaupt nicht mit der Industrie zu beschäftigen oder nur äußerlich der Pflicht Genüge zu tun, daß trotz dieses sorglosen Verhaltens im Verlauf der letzten Jahre sich eine jüdische Industrie entwickelt und einen recht beträchtlichen Rang in der Oekonomie des Landes gewonnen hat.

Das jüdische Volk hat seine Sache aus einem gesunden Instinkt herausgetan: Es hat Tel-Aviv gebaut, hat Fabriken errichtet, Möglichkeiten neuer Industrien geschaffen usw. Doch ist ein großer Teil des angelegten Vermögens zu Grunde gegangen, den man hätte retten können, wenn die zionistische Leitung Anstrengungen gemacht hätte, den Boden vorzubereiten und die nötigen Kenntnisse für die industriellen Möglichkeiten in Palästina und den Nachbarländern zu vermitteln. Aber da dies früher nicht geschehen ist, mußte jeder Jude, der nach Palästina kam, auf eigene Faust und auf eigene Rechnung mit Experimenten beginnen, die nicht glücken konnten. Doch dank dem kleinen oder vielleicht großen Opfern, wurde der Boden vorbereitet, auf dem sich die neue Industrie gründet. Zeit und Wirklichkeit taten das ihre und nun begannen, ohne jede Hilfe seitens der Exekutive, immer mehr Juden sich mit den Dingen der Industrie zu befassen. Dazu kommt noch ein wichtiger Faktor, der die Errichtung einer Industrie erleichtert hat, und das ist die elektrische Kraft, deren Preis für die Industrie sehr angemessen ist.

Da gewisse Kreise, unter ihnen auch Kreise der Leitung der Jewish Agency für Erez Israel, der Meinung zuneigen, daß die Industrie keinen wichtigen Raum in der Oekonomie des Jischuw einnehmen könne und solle, ist es am Platze, den großen Wert aufzuzeigen, den die Industrie für Erez Israel hat, wenn wir die Absatzmärkte in Anschlag bringen. Der natürliche Markt für die jüdische Industrie ist Erez Israel und die Nachbarländer zu einer Zeit, da die Märkte für Citrusfrüchte entlegen sind. Die industrielle Produktion besitzt alle Vorzüge der geographischen Lage, während unsere Edelfrüchte alle Nachteile der großen Entfernung haben und die Konkurrenten, die sich in einer günstigeren geographischen Lage befinden, im Vorteile sind, zumal da sie in der Organisation und im Transport der Ware große Erfahrung besitzen. Unsere Landwirtschaft basiert auf einer einzigen Gattung von Produktion, während unsere Industrie jetzt schon unzählige Arten von Waren produziert und sich daher sehr schnell den Aenderungen auf dem Markte anpassen kann. Die durchschnittliche Kapitalsinvestition in der Industrie ist viel kleiner wie die in der Landwirtschaft, der durchschnittliche Arbeitslohn in der Industrie stellt sich viel höher wie in der Landwirtschaft, die jüdische Industrie beschäftigt ihre Arbeiter das ganze Jahr hindurch, während die Landwirtschaft die Arbeiter nur saisonmäßig beschäftigt.

Wenn wir noch in Betracht ziehen, daß das menschliche Element fähiger für die Entwicklung der modernen Industrie ist und der jüdische Industrieunternehmer intelligent und energisch ist, so können wir hoffen, daß die Konkurrenzmöglichkeiten für unsere Waren in Preis und Qualität im Vorhinein gesichert sind. Dabei wird uns auch das zionistische Sentiment verhelfen können, da in den Nachbarländern Palästinas zahlreiche jüdische Kaufleute mit der Idee des Palästina-Aufbaus sympathisieren und eine wichtige Rolle als Handelsvermittler zwischen uns und den Nachbarländern spielen können.

Spricht man von der Industrie, so müssen wir die Groß- von der Klein-Industrie unterscheiden. Die Groß-Industrie ist nicht quantitativ, sondern qualitativ bedeutend. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß sich die Großindustrie von der jüdischen Kleinindustrie separiert hat, und es hat auch den Anschein, als ob sie mit dem kleinen Mann überhaupt nicht in Kontakt kommen will, mit dem kleinen Mann, dessen Schweiß und Kapital den Boden für die industrielle Entwicklung Palästinas vorbereitet hat. Wichtig ist noch, daß über die Großunternehmungen keine Kontrolle ausgeübt wird, und sich diese einer eventuellen Aufsicht aufs strengste widersetzen.

Was die Klein- und Mittelstandsindustrie anbetrifft, so ist es erstaunlich, daß die Presse und die Juden in Galuth die Bemühungen dieser Unternehmugeen in ihrem schweren Existenzkampf nicht zu schätzen wußten. Hat jemand von der Oeffentlichkeit versucht, die Pionierarbeit, die von den jüdischen Industrieunternehmern geleistet wurde, zu würdigen? Man erwähnt nur nebenbei, daß die Industrie hundertprozentig jüdische Arbeiter beschäftigt.

Nachdem Farbstein eingehend die im Lande herrschenden rechtlichen Grundlagen für die Industrieentwicklung besprochen hatte, entwarf er folgendes Bild über die industriellen Perspektiven:

Es ist hervorzuheben, daß heute die Bedingungen für die Entwicklung der Industrie viel günstiger sind.

Die große Immigration, der Hafen in Haifa, Chausseen, die insgesamt über 2.400 km lang sind, Verbilligung der elektrischen Kraft, die Irak Pipe Line, die die Verbilligung von Petroleum und Benzin mit sich bringt und last not least die Energie und Erfahrungen der Unternehmer, all dies garantiert uns den Erfolg der Entwicklung der neuen Industrie in Palästina.

Die Frage der Schutzzöle wurde letztens besonders akut, da Japan und Rußland den Palästinamarkt mit Waren überschwemmen, ohne sich um den Preis zu kümmern. Dies ist nur durch den niedrigen Arbeitslohn möglich, der sich in Japan um zirka 20% billiger als in Palästina stellt. Was Rußland anbetrifft, ist dort der Arbeitslohn vielleicht noch niedriger. Und nicht nur Rußland und Japan gefährden unsere Industrie. Die gewaltige Arbeitslosigkeit in allen europäischen Ländern ermöglicht es den europäischen Unternehmern, ihre Waren unter dem Selbstkostenpreis abzusetzen, was nur durch die riesige Unterstützung, die sie von den betreffenden Regierungen für die Beschäftigung von Arbeitslosen bekommen, zu erklären ist. Von diesen Erwägungen heraus müssen wir der Regierung nahelegen, in solchen Fällen den Schutzzoll einzuführen.

Und hier kommen wir zu der Kardinalfrage unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Laut Absatz 18 des Palästina-Mandates ist die Regierung nicht berechtigt, selbständige Zoll- oder Handelsverträge mit Meistbegünstigungsklauseln abzuschließen, ausgenommen mit den türkischen Nachfolgestaaten in Asien. Das ist die Fortsetzung der Politik der «offenen Tür», der konservativen Politik der europäischen Staaten. Es ist klar, daß falls der Völkerbund den § 18 des Mandatvertrages nicht umändert, und der palästinensischen Regierung nicht das Recht freier Handelsvertragsschließung einräumt, so können wir eine wirtschaftliche Krise erleben, die den gesamten Aufbau des Nationalheimes erschüttern wird. Wichtig ist auch die Frage der Imperial Preference, aber wenn es uns gelingt den § 18 umzuändern, so werden wir auch in dieser Angelegenheit einen Ausweg finden. Die Londoner Regierung behauptet, daß Palästina nicht in den Rahmen des Imperiums fällt und folglich den Anspruch auf die Preference nicht erheben kann. Aber die Engländer haben die Imperial Preference manchen Gebieten in Zentralafrika gewährt, obwohl auch diese unter der Obhut des Völkerbundes stehen. Das praktische Argument in diesen Fällen lautet, daß diese Gebiete administrativ mit den englischen Kolonien aufs engste verbunden sind und das englische Kapital zu deren wirtschaftlichen Entwicklung beisteuert.

Allen diesen Hindernissen zu Trotz entwickelt sich unsere Kleinindustrie im raschen Tempo. Zirka 60 bis 770% ihrer Erzeugnisse fünden ein günstiges Absatzgebiet in den Nachbarländern. Und wir müssen unseres Bestes tun, um diesen Export zu vergrößeren. Die Jewish Agency muß sich zur Aufgabe machen, die bereits bestehenden Handelsverträge zu stärken und neue abzuschließen. Das Departement für Handel und

Industrie der Agency hat bereits die ersten Schritte in dieser Hinsicht unternommen, die auf gute Resultate hinweisen. Das Departement ging von der Ansicht aus, daß vor allem die Verkaufsbedingungen für die palästinensische Produktion in den benachbarten Ländern wie Syrien, Lebanon und Irak geschaffen werden müssen und es hat seine Vertreter zur Untersuchung der Verhältnisse und Schaffung von Handelsagenturen entsandt, deren Aufgabe es wäre, sich um den Absatz von palästinensischen Produkten zu kümmern. Solche Agenturen wurden geschaffen und ihre Leitungen werden an sowohl unter kaufmännischen wie auch unter Regierungskreisen einflußreichen Personen übergeben. Das Departement ist sicher, daß es hier die erforderlichen Resultate erzielen wird.

Hierauf hält der Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsstation der Jewish Agency, Agronom Jizchak Wilkansky, das Referat über «Probleme der landwirtschaftlichen Kolonisation Palästinas».

Er führte aus:

Das landwirtschaftliche Referat

Es gibt wenige Länder, in denen der Unterschied zwischen der potentiellen und tatsächlichen Möglichkeit so groß ist wie in Palästina. Die Optimisten sehen in den verborgenen Aussichten gewaltige Möglichkeiten, die Pessimisten blicken auf die Zukunft vom Standpunkt der beschränkten Gegenwart. Die nationale Wirtschaft spricht immer von der Zehntausendeinheit gegenüber der Einzeleinheit, mit der der Einzelne rechnet. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat Palästina die größten Errungenschaften in seiner Volkswirtschaft erlangt. Es wurde die gemischte Wirtschaft in ihrem gegenwärtigen Aufbau errichtet. Der Emek versorgt mit Milch, Eiern, Gemüse und verschiedenen Früchten den jüdischen Jischuw. Eine moderne Wirtschaft von hundert Dunam ist im stande, zwanzig Familien mit Milch zu versorgen, 6 Familien mit Eiern, 3 mit Geflügelfleisch, 2 mit Gemüse und 4 mit verschiedenen Früchten. Die bestehenden Wirtschaftn sind imstande, ohne große Investitionsausgaben 20 Millionen Liter Milch zum Verkauf zu produzieren. Die Produktionskraft in allen Zonen des Landes ist um ein vielfaches größer als die Aufnahmsfähigkeit des inneren Marktes. Wir dürfen für die nächste Zukunft nicht auf den einfachsten Boden und die schwerste klimatische Zone im Lande verzichten. Die Finanzpolitik muß in solchen Fällen ebenso sein, wie die Grundlage bei der Wiedererrichtung der Kriegszerstörungen. In Bezug auf die Auswahl der Ansiedlungszonen und der Wirtschaftstypen muß festgesetzt werden, was früher kommt und was später folgt. Bei der Auswahl der Zone kommt die Küstenzone als erste in Betracht, als zweite die Täler über dem Wasserspiegel, als dritte die Täler unter dem Wasserspiegel und als letzte die Gebirgskette. Die Produktionsfaktoren, die die Konkurrenzfähigkeit der Feldgetreide bestimmen, sind: mildes Klima, günstiger Boden, Wasser und Monopolfrüchte. Bei der Wahl der Wirtschaftstypen: die Citrusfrüchte, die intensiven Mosaikwirtschaften, die extensiven Ameliorationswirtschaften und jeder Wirtschaftstypus in seiner natürlichen Zone. Die Fläche der Citruspflanzungen nimmt jedes Jahr zu und ihre Bedeutung in unserem wirtschaftlichen Bewußtsein nimmt ab. Die Citrusproduktion ist nicht nur aus der Weltkrise unverletzt hervorgegangen, sondern sie hat noch an Kraft gewonnen. Eine moderne Organisation dieses Zweiges mit allen Eroberungen der Wissenschaft und der Technik ist das Gebot der Stunde. Die Verbesserung der Früchte, sowohl ihrer Qualität und der Schönheit der Form, müssen gemacht werden, damit die Citrusfrüchte Palästinas nicht von ihrer Ehrenstellung entfernt werden.

Der Volkswirtschaft in Palästina fehlen noch einige wichtige Grundlagen für ihren Ausbau. Durch intensive Aufbauarbeit wird aber auch diesem Mangel abgeholfen werden. Die Wirtschaften des Keren Hajessod, die etwa 1600 Einheiten zählen, befinden sich auf der Scheidegrenze zwischen Aufstieg und Stillstand. Ihre völlige Gesundung liegt in der Produktion von Fleisch, Milch und Eiern. Die Landwirtschaft war in den ersten Anfängen eine Geistesarbeit. Heute ist sie Handwerk und Wissenschaft zugleich. Man muß immer den Boden selbst befragen, und von ihm eine gerade Antwort erwarten. Aber auch hier erfolgt die Antwort nicht sofort, sondern kann nur durch intensive Forschung gefunden werden. Alles was im Lande lebt, blüht und gedeiht unterliegt jahrelanger Forschung. Und der Unterricht ist nicht möglich auf Grund von Lehrbüchern, die unter einem anderen Himmel in einem anderen Lande geschaffen wurden. Unsere Forschung, die wir peinlich pflegen, wird uns den Weg, den wir zu einer erfolgreichen Landwirtschaft zu beschreiten haben, weisen.

Kritik der niederländischen Zionisten

Der Vorstand des Niederländischen Zionistenbundes hat an den 18. Zionistenkongreß ein Memorandum gerichtet, dem wir folgenden politischen Passus entnehmen:

Zu unserem Bedauern müssen wir hier Feststellungen wiederholen, die längst Gemeingut der zionistischen Bewegung sein sollen.

Aktive Mandatspolitik kommt nicht in der Ausgabe von Zertifikaten zum Ausdruck. Selbstverständlich fordern wir von der Mandatsmacht die Zulassung einer Immigration, die mit den wirtschaftlichen Absorptionsmöglichkeiten des Landes im Einklang ist und wir verurteilen es aufs schärfste, wenn etwa die Immigration aus politischen Motiven eingeengt wird. Die aktive Mandatspolitik aber dient dazu, die Aufnahmefähigkeit selbst zu vergrößern. Aktive Mandatspolitik ist die Summe der Regierungsmaßnahmen, welche das Maß und das Tempo der Aufnahmefähigkeit des Landes für jüdische Immigration so erhöhen, wie es nur durch Regierungsmaßnahmen möglich ist und ohne diese selbst bei größter jüdischer Anstrengung und Leistung nicht möglich ist. Wir müssen uns von der durchaus irrigen Annahme freimachen, daß wir unser Ziel auch erreichen können, wenn man uns nur in unserer Arbeit gewähren läßt. Die zionistische Bewegung muß endlich den tiefgehenden Unterschied zwischen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Kolonisation begreifen lernen. Bis jetzt und bis heute ist die jüdische Kolonisation in Palästina rein privatwirtschaftlich. Auch die sogenannte Keren Hajessod-Kolonisation mit ihrem sogenannten nationalen Kapital ist rein privatwirtschaftlich. Aktive Mandatspolitik allein kann und muß die jüdische Kolonisation in Palästina zu einer öffentlich-rechtlichen machen.

Die Exekutive der Jewish Agency ist nicht dazu da, den jüdischen Jischuw als Bevölkerungsteil der Regierung gegenüber zu vertreten. Dazu hat er seine eigenen Organe, deren Kompetenz allerdings noch immer nicht abgegrenzt ist. Die Exekutive ist dazu da — und die Kraft der Organisation, die in der ganzen Welt hinter ihr steht, muß sie dazu in Stand setzen — die aktive Mandatspolitik im Prinzip durchzusetzen und mit der Regierung bei der Durchführung der Einzelmaßnahmen auf den verschiedensten Gebieten zu kooperieren, das heißt, dabei die Interessen des jüdischen Volkes als Gesamtheit an der Errichtung des Jewish National Home zu vertreten. Diese Interessen brauchen sich durchaus nicht immer mit denen des vorhandenen Jischuws zu decken. Wenn zum Beispiel die Verwendung der palästinensischen Steuerglder wirklich einmal von Gesichtspunkten aktiver Mandatspolitik bestimmt wird — und es ist der Sinn des Mandates, daß dies geschehe — dann wäre seitens der Jewish Agency für eine Steuerpolitik einzutreten, die vielleicht beig roßen Teilen des Jischuw wenig Anklang finden würde.

Hätte die Exekutive die Notwendigkeit aktiver Mandatspolitik begriffen, dann hätte sie jetzt zum mindesten mit einer umfangreichen Aufklärungsarbeit einsetzen müssen, um der nun empfänglichen öffentlichen Meinung diese Notwendigkeit darzutun. Damit wäre auch eine Basis für einleitende Schritte bei der englischen Regierung geschaffen worden.

Statt dessen hat man alle Kräfte darauf verwendet, in England eine öffentliche Beileidskundgebung herbeizuführen, mit welcher sich die englische Regierung plus einem Vorschuß von 1000 Zertifikaten von der jüdischen Katastrophe in Deutschland hat loskaufen können.

Es sollte klar sein, daß es die allerwichtigste zionistische Aufgabe des Augenblicks ist, das Versäumte möglichst nachzuholen. Es ist eine Lebensfrage des Zionismus, daß unsere Anstrengung in Palästina endlich in das Stadium einer öffentlich-rechtlichen Kolonisation überführt wird. Gelingt das nicht, dann wird uns kein noch so großer boom und kein noch so großer Ueberfluß an Bankdepositen helfen.

Vielleicht wird der zionistischen Bewegung begreiflich, was sie so schwer zu begreifen scheint, wenn sie sich etwas näher mit den Plänen befaßt, sie den Regierung im Zusammenhang mit der nunmehr doch aufzunehmenden Anleihe vorschweben. Sie bieten ein lehrreiches Beispiel dafür, wie die Mobilisierung zukünftiger Steuerkraft — die nur durch die Regierung erfolgen kann — der lebhaftesten Förderung bestimmter Zwecke dienstbar gemacht werden kann. Nach den Intentionen der Regierung werden diese Zwecke freilich durchaus nicht die des National Home sein, sondern andere, die zum Teil den Interessen des National Home eher entgegengesetzt sind. Es ist das Gegenteil aktiver Mandatspolitik und die eigentliche Antwort der Mandatsmacht auf die jüdische Katastrophe in Deutschland.

Ueber die transjordanische Frage ist in den letzten zwei Jahren viel gesprochen und geschrieben worden, was um so verwunderlicher ist, da nur Bodenkäufe privater Natur erörtert wurden, die durch Publizität wohl kaum gefördert werden. Die sehr notwendige Beleuchtung der prinzipiell-zionistischen Gesichtspunkte, die diese Frage beherrschen, war dagegen durchaus zu vermissen.

Wir erinnern daran, daß die seinerzeitige Exekutive die Anwendung des dem Mandat noch zuletzt eingefügten Artikels 25, der besagt, daß die auf das National Home bezüglichen Mandatsbestimmungen für Transjordanien außer Kraft gesetzt werden können, ohne nennenswerten Widerstand akzeptiert hat. Nun handelt es sich hierbei deutlich um eine Ausführungsbestimmung zeitweiligen Charakters; wäre es anders, dann hätte man (die Klausel ist ja vor der Ratifikation des Mandates hinzugefügt worden) das National Home überhaupt auf Cisjordanien beschränken können. Trotzdem hat die englische Regierung Transjordanien einen eigenen politischen Status verliehen und denselben immer weiter ausgebaut, während unsere Exekutiven der zunehmenden Verselbständigung gleichgiltig zusahen. Während es so immer schwieriger geworden war, den legitimen jüdischen Rechten im Bezug auf Transjordanien zur Geltung zu verhelfen, hat Prof. Weizmann es unfaßbarer Weise für nötig befunden, noch kürzlich an exponierter Stelle — wir wissen nicht in wessen Auftrag — zu erklären, daß die Juden am politischen Status Transjordaniens nicht interssiert seien.

Nun sind wir natürlich an diesem Status gerade außerordentlich stark interessiert, denn nach dem Mandat kann die Konstituierung des Jewish National Home Transjordanien umfassen und wer beim Begriff Zionismus auch nur einigermassen an die Lösung der Judenfrage denkt, sieht ohne weiteres ein, wie unentbehrlich dieses relativ große und wichtige Gebiet für diese Lösung ist, für welche ja sogar mit Transjordanien ein nach vieler Meinung unzureichendes Gebiet zur Verfügung steht.

Gegen einen inzidentellen Siedlungsversuch in diesem Gebiet, ohne öffentlich-rechtliche Basis, spricht alles, was je — und mit Recht — gerade von zionistischer Seite so nachdrücklich gegen die Infiltrationsmethode eingewendet worden ist. Die Tatsache, daß Transjordanien National Home-Gebiet werden kann, macht da natürlich die Position einer jüdischen Siedlung zu einer anderen als wenn dieselbe in einem beliebigen Territorium wie Brasilien oder Argentinien unternommen wäre, aber im übrigen liegen alle Bedenken dagegen vor, die je von Zionisten gegen Infiltration geltend gemacht worden sind.

Ueberdies muß die Frage gestellt werden, ob man es verantworten kann, Kräfte und Mittel auf ein Gebiet zu verwenden, solange die National-Home-Bestimmungen für dasselbe nicht gelten, während dadurch höchstwahrscheinlich unseren Kräften und Mitteln Abbruch getan wird, die für Cisjordanien verfügbar sind, in dem diese Bestimmungen gelten.

Es ist selbstverständlich, daß man etwaigen jüdischen Siedlern, die doch den Versuch machen, persönlich bestes Gelingen wünschen wird; wir glauben aber, daß von einem zionistischen Standpunkt gegen inzidentelle Siedlungsversuche in Transjordanien ohne öffentlich-rechtliche Basis nachdrücklich gewarnt werden muß.

Da es unverkennbar ist, daß wichtige Teile der transjordanischen Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse jüdische Kolonisation wünschen, wäre es der gegebene Weg, die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Bedingungen als Vorbedingung jüdischer Arbeit in Transjordanien zu erstreben. Wir fürchten aber, daß die sonderbare Diplomatie, die in unserem Namen getrieben wurde und im besonderen wieder die oben zitierte Erklärung Prof. Weizmanns diese Möglichkeit vereitelt und die zionistische Lösung der Judenfrage aufs ernsteste gefährdet hat. Verleugnung der zionistischen Grundprinzipien geht immer mit Gebietspreigabe Hand in Hand.

In der Vormittagssitzung von Mittwoch, den 23. August, hielt Adolf Böhm (Wien) sein Referat über die Möglichkeiten der nationalen Kolonisation in Palästina. Böhm gab eine Synthese zwischen nationaler und privater Kolonisation und versuchte den Nachweis zu erbringen, daß ein Gegensatz zwischen diesen Systemen nicht bestehe, was der Redner an Hand der früheren Kolonisationen der Choweve-Zion und der Rothschild-Kolonie erläuterte.

Referate Sokolows und Dr. Ruppins

In der Donnerstagsitzung vormittags hielt Nahum Sokolow das Refferat über die gegenwärtige Lage der Juden in der Welt.

Sokolow führte aus:

In Deutschland hat sich in einer seit Jahrhunderten nicht dagewesenen Weise die Tragik des jüdischen Lebens in den Ländern der Zerstreuung enthüllt.

Die neue deutsche Gesetzgebung macht einen Unterschied zwischen Ariern und Nichtariern. Die Nichtarier werden für die meisten Kategorien des gesellschaftlichen Lebens disqualifiziert. Nichtarier können nicht Beamte, nicht Mitglieder wirtschaftlicher und beruflicher Verbände sein. In den akademischen Berufen und den Schulen wird für sie ein numerus clausus eingeführt. Durch eine intensive Propaganda im deutschen Volk soll jeder Verkehr, geschäftlicher ebeso wie privater, mit Nichtariern verhindert werden. Eine ungehemmte, antisemitische Propaganda wird entwickelt, die nicht einmal vor der Verbreitung des mittelalterlichen Ritualmordmärchens zurückschreckt.

Dem Wütten des Antisemitismus müssen wir einen nachdrücklichen und energischen Protest entgegensetzen. Soll die Emanzipation nicht in ein Possenspiel verwandelt werden, müssen wir stahlhart gegen die Verletzung von Rechten auftreten, für die unsere Vorfahren im Laufe der Generation gekämpft und gelitten haben.

Die vaterländische Gesinnung, die unverbrüchliche Treue und die Anhänglichkeit der deutschen Juden an den deutschen Staat, an deutsche Kultur und Sprache sind so echt, daß sie keiner Versicherung und Beteuerung bedürfen. Daß die deutschen Juden Feinde des deutschen Staates seien, ist eine Legende. Aber es hat wenig Sinn, gegen eine Welt zu polemisieren, die keine Argumente hören will. Wenn man uns schmäht, können wir nicht mit Aufklärungen antworten.

Die früher übliche Apologetik muß zum alten Eisen geworfen werden.

Wir sind, was wir sind, und wir tragen die Berechtigung unseres Daseins in uns. Wir protestieren gegen den Mißbrauch gefälschter Schriften und Pamphlete auf Grund deren man uns phantastische Pläne zur Last legt.

Was wir heute erleben, die falsche Ausnützung des Wortes „Nation", ist von jeher verderblich gewesen. Ob Cicero oder Houston Chamberlain, ob Drummont oder Cuza nationale Posen annahmen, ob europäische Antisemiten oder amerikanische Ku-Klux-Kämpfer diesen Sammelruf in das Gewirr der Tagespolitik hineinwarfen, überall geschah und geschieht es mit Absicht, den Zauber des Wortes Nation als einen politischen Stimulus wirken zu lassen, überall mit dem gleichen Erfolg des Angriffs auf den historischen locus minoris resistentiae — das jüdische Volk.

Die Unterschiede unter Rassen oder Nationalitäten hinwegleugnen zu wollen, ist sinnlos. Wir wollen nicht die Welt in einen kosmopolitischen Urbrei verwandeln und in einen Orkus verschwinden sehen, in dem alles National-Individuelle von der Allgemeinheit verschlungen wird. Dem schwergeprüften deutschen Volke die Segnungen gedeihlichen friedlichen Fortschrittes zu gewähren — wer von uns würde sich nicht dafür begeistern?

Was wir bekämpfen, ist die neue Form des Antisemitismus. Aber wie wir weit davon entfernt sind andere Rassen herabzusetzen, so protestieren wir vor aller Welt dagegen, daß man unsere Rasse herabzusetzen und zu schmähen wagt.

Dann sprach Arthur **Ruppin** über Ansiedlung deutscher Juden in Palästina.

Das Referat Ruppin besagt im wesentlichen: Von den deutschen Juden gehören zehn Prozent zu den Beamten und freien Berufen, fünfzig zum Handel, dreißig zum Handwerk und Industrie und zwanzig Prozent zu verschiedenen anderen Berufen. Durch die Gesetzgebung der deutschen Regierung ist der Stand der Beamten und der freien Berufsangehörigen katastrophal betroffen worden. Aber selbst diejenigen, die von den gesetzlichen Verboten nicht direkt betroffen wurden, haben ihr Ansehen und einen großen Teil ihrer Kundschaft verloren. Ich bin der Ansicht, daß nur ein kleiner Teil der Angehörigen der freien Berufe seinen Lebensunterhalt in Deutschland weiter verdienen kann. Die Folgen der gegenwärtigen Politik, welche sich gegen die Juden als Volksfremde richtet, berühren sich auch in allen anderen Berufen. Die indirekten Folgen der neuen Gesetzgebung sind für die Juden wirtschaftlich noch verheerender als die direkten Folgen. Sie lassen sich weder zählen noch messen. Zur Zeit lebt noch ein Teil von der Substanz ihres Vermögens. Die Monate aber sind gezählt, nach welchen bei vielen diese Reserven aufgezehrt sein werden. Die Zahl der Juden in Deutschland betrug bei der Volkszählung 1925 534.000. Die Ziffer ist allerdings heute niedriger, In den verflossenen 8 Jahren haben die deutschen Juden infolge ihrer außerordentlich niedrigen Geburtenziffer und durch den Ueberschuß der Sterbefälle jährlich etwa 4000 Menschen verloren. Außerdem ist der Ueberschuß der Auswanderung über die Einwanderung auf mindestens 30.000 zu schätzen. Wenn man noch berücksichtigt, daß in den letzten Monaten allein mehrere zehntausende Juden freiwillig oder gezwungen Deutschland verlassen haben, kommt man zu dem Schluß, daß die Höchstzahl der Juden in Deutschland heute 500.000 beträgt. Ich glaube, daß sich in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Juden auf natürlichem Wege auf 450.000 vermindern wird. Es gibt für 200.000 Juden in Deutschland keine Möglichkeit, eine Existenz in anderen Berufen zu finden. Würden sie an den Uebergang zur Landwirtschaft denken, so stoßen sie sofort auf das neue deutsche Bauerngesetz. Ein Uebergang zum Handwerk kann bei der politischen Lage ebenfalls nicht ins Auge gefaßt werden. Auch der Handel kann keine weiteren Juden aufnehmen. Die Lage der jüdischen Jugend, die in dieser Zeit an die Berufswahl geht, ist verzweifelt. In dieser Not gibt es keinen anderen Ausweg, als eine organisierte Auswanderung, die im Laufe von 5—10 Jahren die 200.000 Juden, die heute in Deutschland „überzählig" geworden sind, in andere Länder bringt.

Unter den Auswanderungsländern richtet sich der Blick natürlich in erster Linie auf Palästina. Das Palästina von heute stellt für die Aufnahmefähigkeit einer neuen Einwanderung einen bedeutenden Faktor dar. Palästina kann heute mehr als doppelt so viel Einwanderer aufnehmen, als im verflossenen Jahrzehnt. Als Vorsitzender einer Kommission zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina kann ich ihnen die Schlußfolgerungen mitteilen, zu denen sie gelangt ist. In den bestehenden Siedlungen ist für etwa 1000 Familien Platz. Für 400 Siedler ist sofort Ansiedlungsmöglichkeit vorhanden. Die Kosten der Siedlung betragen 400 bis 600 Pfund. Außer diesen Siedlern ist noch die Ansiedlung von 200 Familien in der Nähe von Haifa auf dem Boden des jüdischen Nationalfondes in der Form einer vorstädtischen Siedlung in Aussicht genommen. Ueber die 1000 Familien hinaus kann eine landwirtschaftliche Siedlung erst erfolgen, wenn neuer Boden gekauft worden ist. Die Ansiedlung von neuen Menschen in der Landwirtschaft schafft einen vergrößerten inneren Markt für die Produkte der Industrie.

Wir müssen auch natürlich im Auge behalten, daß Palästina nicht nur für die deutschen Juden da ist, sondern daß die Tore Palästinas auch für Juden anderer Länder offen sein müssen. Eine Voraussage in Ziffern läßt sich schwer geben. Wir werden die Auswanderung nach Palästina nur denjenigen Juden erleichtern, die nach Palästina gehen wollen. Für die Aufnahme der gesamten 200.000 Einwanderer werden außer Palästina auch andere Länder in Betracht kommen. Ich denke hiebei in erster Linie an die Vereinigten Staaten. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, daß sich unter dem Eindruck der katastrophalen Lage der deutschen Juden die Einwanderungspraxis liberaler gestalten wird. Abgesehen von den Vereinigten Staaten denke ich auch, daß die im Völkerbund vereinigten europäischen und überseeischen Staaten eine beschränkte Anzahl von Juden aufnehmen werden. Die Judenheit der Welt sollte durch den Völkerbund einen Appell an seine Mitglieds-Staaten richten. Ich habe die Hoffnung, daß es möglich ist, durch so einen Appell 50.000 Juden Zuflucht zu schaffen.

Ben-Chorin:

Zum Tag der jüdischen Legion

**Volk des Gedenkens, hast du vergessen,
Derer, die dein Schwert mutig geführt:
Kärglich hast du den Dank bemessen,
Der deinen Legionären gebührt!**

**Volk der Geschichte, wo bleibt dein Gedächtnis?
Wähnst du gering des eignen Stamms Sieg:
In deinen Besten lebt ein Vermächtnis,
Wenn auch dein Mund, Israel, schwieg.**

**Immer noch werden uns Helden geboren,
Aus Bar-Kochbas wildrauschendem Blut!
Immer noch werden uns Führer erkoren,
Gegen des Kleinmuts vernichtende Flut.**

**Volk des Verzagens, hast du vergessen,
Derer, die kein Verzagen gekannt:
Kärglich hast du den Dank bemessen,
Für dein befreites, heiliges Land.**

Aus der „Verschwörung" wird nichts

Die Verhandlung gegen die verhafteten Revisionisten

Jaffa, 23. August (J.T.A.). Am 22. Aug. wurden die 14 palästinensischen Revisionisten, die anläßlich einer Razzia vor einiger Zeit verhaftet wurden, dem Richter in Jaffa unter der Anklage vorgeführt, in den Jahren 1931, 1932 und 1933 mit dem Ziele konspiriert zu haben, aufrührerische Handlungen unter Anwendung von Gewalt und Terror zu begehen, gegen Verwaltungsbehörden der Palästina-Regierung Widerstand zu leisten, Unzufriedenheit und Unruhe unter der Bevölkerung hervorzurufen. Den Tatbestand der Verschwörung zum Aufruhr erblickt die Anklage ferner in der Veröffentlichung von Artikeln in einer illegalen Publikation „Habirjonim" und in der mündlichen und schriftlichen Aufreizung zu Ungesetzlichkeiten.

Gegen einen der ursprünglich Beschuldigten, Baruch Milavsky, wurde die Anklage zurückgezogen, dagegen unmittelbar vor der Verhandlung ein gewisser Josef Katzenelson aus Jerusalem neu verhaftet und vor Gericht gestellt.

Inspektor Tenenbaum von der Kriminalpolizei erklärte, er habe bei der Haussuchung in der Wohnung Achi Meirs auf dessen Schreibtisch 16 Briefe und Aufrufe gefunden, aus denen das Bestehen eines Geheimbundes, Zionim Meapechanim oder Brith Birjonim, hervorgehe. In den Aufrufen werde gegen den French-Bericht und gegen die Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina protestiert und die jüdische Jugend aufgefordert, für die Freiheit Zions zu kämpfen. Ferner seien die Aufrufe gegen die Vorschläge betreffend eine jüdisch-arabische Round Table-Konferenz und gegen die Einsetzung eines Parlaments mit „Arabern, jüdischen Verrätern und der Palästina-Regierung" gerichtet. Die Polizei, erklärte Inspektor Tenenbaum weiter, habe ferner einen Dechiffrierschlüssel und einige in chiffrierter Schrift geschriebene Briefe gefunden, in denen betont wird, daß der Brith Birjonim eine Geheimorganisation bleibe und Mitglieder nur aufnehmen dürfe, wenn es sich um verlässliche Leute von festem Charakter handelt.

Polizeiinspektor Goffer sagte aus, er habe in Achi Meirs Zimmer dessen Tagebuch und andere Dokumente gefunden, aus denen hervorgehe, daß der Brith Birjonim im Oktober 1931 die Aktion gegen die palästinensische Volkszählung, sowie die Obstruktion der Antrittsvorlesung Norman Bentwichs an der Hebräischen Universität organisiert hat.

(Im Oktober 1931 waren Achi Meir und einige seiner Anhänger verhaftet worden, weil sie amtliche Aufzeichnungen betreffend die Volkszählung ausradiert hatten. Eine unter seiner Führung befindliche anti-Volkszählung-Organisation hat die Aufrufe verbreitet, in denen die Juden aufgefordert wurden, die Volkszählung zu boykottieren, weil sie eine Vorstufe für die Einsetzung eines Legislative Council in Palästina darstellt. Er war auch einer der Anführer bei der Störung der Antrittsvorlesung Norman Bentwichs im Februar 1932).

Der Verteidiger der angeklagten Revisionisten Dr. Cohen erklärte, er beabsichtige, den Revisionistenführer Jabotinsky — dem die Behörden bekanntlich die Einreise nach Palästina verweigern — als Zeugen vorladen zu lassen. Ferner verlangte Dr. Cohen die Freilassung gegen Kaution derjenigen fünf Beschuldigten, die bisher noch nicht auf freien Fuß gesetzt wurden. Staatsanwalt Shitrit erhob gegen den Antrag des Verteidigers in Bezug auf vier der Angeklagten keinen Einspruch, dagegen verweigerte er die Zustimmung zur Freilassung von Achi Meir, da er beabsichtigt, gegen diesen die Anklage wegen Mitschuld an der Ermordung Arlosoroffs zu erheben. Die Verhandlung wurde sodann auf den 1. September vertagt.

Professor Einstein in Prag

Prag, 23. August (J.T.A.) Professor Albert Einstein ist in Prag eingetroffen, um den Beratungen des Zionistenkongresses als Gast beizuwohnen.

Von der Makkabiade

Prag, 24. August.

Die Eröffnung der Makkabiahspiele ging unter wenig glücklichen Umständen vor sich.

Das Tennisturnier

wurde nach einigen Vorkämpfen abgebrochen, nachdem Rumänien im Ländertreffen gegen Oesterreich 2:0 gesiegt hatte. Mit dem gleichen Resultat erwies sich die Tschechoslowakei der II. englischen Mannschaft überlegen. Hecht schlug Gillis 6:1, Dr. Gottesmann Naterson 6:3, 6:6. Polen spielte gegen England II. nicht zu Ende.

Die Tischtenniskämpfe

wurden vom Wetter nicht betroffen und konnten im Makkabi-Turnsaal programmgemäß abgewickelt werden. Rumänien schlug die Tschechoslowakei 6:1 scr., Oesterreich liegt gegen Litauen 2:1 in Führung. Lettland—Danzig und Frankreich—Ungarn gingen w. o. an die erstgenannten Länder.

Im Fußball siegte die C. S. R. gegen Litauen 2:0 in einem Spiel, bei dem der tiefe Boden den beiden Mannschaften sichtlich Schwierigkeiten bereitete. Das Resultat wurde erst in der Verlängerung festgestellt, da während der normalen Spielzeit kein Goal gefallen war. Die tschechoslowakische Mannschaft war im Feld klar überlegen, die Stürmer schossen aber zu wenig und trafen ausserdem in dem litauischen Goalmann Markus auf einen schwer zu überwindenden Gegner.

Schwimmen und Wasserball

hatten von allen Freiluftveranstaltungen den stärksten Besuch aufzuweisen, es waren trotz dem Regen etwa 600 Zuschauer gekommen, die auch eine Reihe spannender Kämpfe zu sehen bekamen. In Abwesenheit der Spitzenschwimmer — es fehlten Dr. Steiner, Getreuer, Fritzi Löwy, Wertheimer und Haust — waren die Leistungen etwas schwächer als erwartet, hielten aber dennoch guten Durchschnitt. So gewann Rado die 100 m frei in 1:06.4, Polakoff die 200 m frei in 2:34.2 überraschend vor Lederer. Abeles schlug in 100 m Brustschwimmen mit 1:23 den polnischen Meister und Rekordmann Polak (1:25.6). und die Wienerin Deutsch siegte über 100 m frei in 1:24.8. Die 4x50 m Crawlstaffel gewann Prag (2:03.2) sicher vor den Wienern, die sich in der 3x50 m Lagenstaffel mit einem knappen Sieg (1:48.3) revanchierten. — Die Palästinenser hatten unter dem Wetter am meisten zu leiden und waren zum Schluß so hergenommen, daß sie zum Wasserballmatch nicht mehr antreten konnten. Es sind durchwegs begabte, besonders körperlich gut veranlagte Leute, die sicher Fortschritte machen werden. Hausdorf über 100 m Rücken (III.), Frank über 100 m frei Damen (II.) und die 3x50 m Lagenstaffel (III.) errangen ehrenvolle Plätze. — Im abschliessenden Wasserballmatch spielten

Hakoah—Hagibor 4:4 (2:1)

Hakoah: Kornmehl, Liechtenstein, Bund, Flesch, Beck, Josefsberg, Schwarz. — Hagibor: Fischer, Wollner, Weiss, Polakoff II., Schulz, Rado, Sabudko. Schiedsrichter Mokrejs.

In einem spannenden, harten und zeitweise auf sehr hohem Niveau stehenden Spiel mußten sich die Wiener, die schon 4:1 geführt hatten, schließlich mit einem Unentschieden zufriedengeben, das sie ihrem mangelnden Stehvermögen zuzuschreiben haben. Sie hielten das Tempo nicht durch und fielen gegen Schluß des Spiels vollkommen zurück, während Hagibor beim Stand 1:4 die einzig richtige Taktik verfolgte, alle Mann in den Angriff zu werfen. — Hakoah stützte sich vor allem auf ihre ausgezeichnete Mitte Flesch-Beck, von denen der letztere ein ganz hervorragendes, im System an Halassy gemahnendes Spiel vorführte. Er war der weitaus beste Mann am Feld. — Bei Hagibor, dessen Stürmer (besonders als die Mannschaft numerisch überlegen war) eine Unmenge von Chancen vergaben, befriedigten Schulz und Polakoff II., zeitweise auch Rado. Die Verteidigung — einschließlich Fischers — arbeitete schwächer. — Die Tore schossen für die Gäste Schwarz2, Josefsberg und Beck, für Prag Schulz 3 und Rado.

Massenbesuch hatten die Boxkämpfe aufzuweisen, die zum Teil ganz ausgezeichneten Sport brachten. Besonders auffallende Erscheinungen waren der bärenstarke finnische Schwergewichtler Gurewitsch, der Engländer Goldstein, der Pole Pilkin und der gleichfalls für Polen startende brandenburgische Meister Stadtländer. Die andern Berliner Meisterboxer, wie Ball und Battist, waren nicht erschienen, so daß einige Titel kampflos vergeben wurden. — Die neuen Makkabimeister heissen:

Fliegen: Birnbaum (Polen).
Bantam: Rubin (Polen).
Feder: Goldstein (England).
Leicht: Neumann (Polen).
Welter: Stadtländer (Polen).
Mittel: Pilkin (Polen).
Halbschwer: Mahler (C. S. R.).
Schwer: Gurewitsch (Finnland).

Zentralisierung industriellet Information in Palästina

Die gesteigerte Mittelstands-Einwanderung nach Palästina hat das Problem der Information über landwirtschaftliche und industrielle Möglichkeiten in Palästina in den Vordergrund gerückt. Die unterzeichneten verantwortlichen Organisationen und Institutionen des Jischuw haben die Notwendigkeit erkannt, diese wirtschaftliche Information an einer Stelle zu zentralisieren, um den neuen Einwanderern objektive und authentische Nachrichten über die wirtschaftlichen Möglichkeiten in Palästina zu geben. Die Mehrung der Informationsstellen und die Erteilung von Information durch unbefugte Privatpersonen und Privatbüros soll durch eine zentrale und öffentliche Informationsstelle aller verantwortlichen Organisationen des Jischuw ersetzt werden. Nachdem bereits die landwirtschaftliche Information durch das «Zentrale Informationsbüro für Boden und Landwirtschaft» zentralisiert wurde, haben jetzt die unterzeichneten Organisationen die Zentralisierung der industriellen Information in derselben Wirtschaftsstelle vorgenommen. Durch diese Zentralisation wird die Koordination aller auf den Aufbau der Industrie gerichteten Bemühungen erhofft.

Die Interessenten und neuen Einwanderer können von jetzt ab alle schriftlichen und persönlichen Anfragen in industriellen Angelegenheiten: an das «Zentrale Informationsbüro für Industrie», in landwirtschaftlichen Angelegenheiten: an das «Zentrale Informationsbüro für Boden und Landwirtschaft», beide bei: «The American Economic Committee for Palestine», Tel-Aviv, Bd. Rothschild 18, P. O. B. 52 richten.

Stadtverwaltung Tel-Aviv,
Vereinigtes Kommitee zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina,
Allgemeine jüdische Arbeiter-Organisation in Palästina,
Kolonisten-Vereinigung in Palästina,
Handelskammer Tel-Aviv—Jaffa,
Hitachduth Olej Germania,
The American Economic Committee for Palestine.

Einreisebewilligung fur die Universität Jerusalem

Jerusalem, 20. August (JTA). Wie von der Leitung der Hebräischen Universität Jerusalem mitgeteilt wird, kann gegen Leistung entsprechender Sicherstellung die Erlaubnis zur Einreise nach Palästina zwecks Besuchs der Hebräischen Universität durch die Kanzlei der Universität erwirkt werden. Ueber Einzelheiten des hierbei einzuschlagenden Verfahrens geben die Palästina-Aemter der einzelnen Länder Auskunft.

Der Jüdische Hochschulausschuß fordert alle Kollegen ausländ. Staatsangehörigkeit auf, in ihrem eigensten Interesse die Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht betreffend das Studium von Ausländern an den österreichischen Hochschulen zu beachten. Demnach müssen alle, die im kommenden Semester an einer österreichischen Hochschule zu inskribieren beabsichtigen, bis spätestens 15. IX. 1933 beim Dekanate der in Betracht kommenden Fakultät unter Beischluß der als Inskriptionsgrundlage dienenden Dokumente (Zeugnisse, Heimatschein, Index, Nachweis der Staatsbürgerschaft) um die Aufnahme ansuchen, worüber ein schriftlicher Bescheid seitens des Dekanates erfolgt. Rückporto ist beizulegen.

An den Berit Trumpeldor

Einem Wunsche des Rosch-Betar und des Shilton, wie auch dem dringenden Bedürfnis der Betarim nach einen eigenem Organ entsprechend wird dem „Judenstaat„ eine Beilage des Berit Trumpeldor beigefügt.

Die dauernde Mitarbeiterschaft an der Beilage des Berit Trumpeldor haben zugesagt: Rosch-Betar Vladimir Jabotinsky, die Ketzine-ha Shilton Dr. B. Lubotzky, I. Halperin, Dissentschick, Propes, Jolson und Dr. Lövy sowie viele andere betarischen Führer und Lehrer.

Die Betarbeilage wird für jeden betarischen Führer ein unentbehlicher Behelf in seiner Arbeit werden.

Die Betarbeilage wird jeden Betari über das neueste in der Betarbewegung informieren. Die erste Ausgabe wird nach dem Kongreß ererscheinen.

Jeder Betari abonniert den „Judenstaat" mit der Beilage des Berit Trumpeldor.

Die Redaktion der Betarbeilage

Weizmann ist bescheiden...

Prag, 23. August (JTA). Prof. Chaim Weizmann, der sich zuletzt in Karlsbad aufhielt, hat heute die Grenzen der tschechoslowakischen Republik verlassen, ohne den Kongreß in Prag besucht zu haben. Weizmann ist nach Zürich abgereist.

Wie die JTA erfährt, wurden in den letzten Tagen mit Dr. Weizmann Verhandlungen über dessen Beteiligung am Kongreß geführt. Dr. Weizmann stellte als Bedingung für sein Erscheinen am Kongreß den Ausschluß der Revisionisten aus der Zionistischen Organisation.

Der schimpfende Sozialistenführer

Vor der Konferenz der sozialistischen Fraktion am Zionistenkongreß hielt Ben Gurion eine Rede, in der er sich in wüsten Beschimpfungen gegen die Revisionisten Polens erging. Wie die Jüdische Telegraphenagentur berichtet, nannte er die Mitglieder der revisionistischen Reservistenorganisation «Brith hachajal» eine Gesellschaft von Zuhältern, Unterweltfiguren, Dieben und Messerhelden.

Die Antwort des «Brith hachajal»

Der «Brith hachajal» in Polen ist nun zu einer Sitzung zusammengetreten, an der zahlreiche ihm angehörende Offiziere der polnischen Armee teilnahmen, um den Beschluß zu fassen, an das Prager Kongreßpräsidium die Aufforderung zu richten, daß es Ben-Gurion verhalte, seine Beleidigungen zurückzuziehen, widrigenfalls eine Delegation nach Prag kommen müßte, um sich mit Ben Gurion in militärischer Weise auseinanderzusetzen.

Delegierter der Bukowina zur Jewish-Agency

Auf einer in Czernowitz stattgefundenen Konferenz von Vertretern jüdischer Gemeinden, auf der 21 bukowinische Gemeinden repräsentiert waren, wurde der bekannte Bukowinaer Großindustrielle Max Ritter von Anhauch, der im öffentlichen jüdischen Leben im allgemeinen und in der Palästina-Bewegung im besonderen eine hervorragende Rolle spielt, zum Delegierten der Bukowina auf der bevorstehenden Tagung des Council der Jewish Agency gewählt.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21, Telephon Nr. A-16-1-14
Alleinige Anzeigen-Annahme Annoncen-Expedition Heinrich Schalek, Wien, 1., Wollzeile 11, Tel. R-26-0-81, R-26-0-82